

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 13. Juni 2017

Deutsche Unterstützung der UN-Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

weiterhin bedrohen ca. 15.000 Atomwaffen das Überleben der Menschheit. 1.800 davon können innerhalb von Minuten gezündet werden. Eine einzige Atomwaffe, die über einer großen Stadt detoniert, kann über eine Million Menschen töten oder schwer verletzen. Ein Atomkrieg mit nur einem Bruchteil der globalen Atomwaffenarsenale könnte eine humanitäre Katastrophe bislang unbekanntes Ausmaßes auslösen. Aschewolken würden die Sonne verdecken, Ernteaussfälle würden weltweite Hungersnöte auslösen.

Atomwaffen schaffen keine Sicherheit, sondern sind ein ständiges Risiko. Zahlreiche menschliche und technische Fehler hätten in der Vergangenheit schon beinahe zur Katastrophe geführt. „Abschreckung“ bedeutet nichts anderes als die Androhung inhumaner Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Echte Sicherheit beruht auf der Prämisse des gemeinsamen Überlebens, nicht auf der Androhung gegenseitiger Zerstörung.

Während andere Massenvernichtungswaffen durch internationale Verträge geächtet werden, gibt es bei Atomwaffen bislang eine völkerrechtliche Lücke. Angeregt durch die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) hat eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten 2016 beschlossen, Verhandlungen über einen Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen zu führen. Die erste Verhandlungsrunde wurde bereits im März 2017 abgehalten. Die deutsche Regierung verweigert bislang die Teilnahme an diesen Verhandlungen und unternimmt nichts für den Abzug der etwa 20 NATO Atomwaffen aus Deutschland, obwohl sich der Bundestag bereits im Jahr 2010 für den Abzug und einen verstärkten Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen hat.





IPPNW

International Physicians for the Prevention of Nuclear War

IPPNW e.V. | Körtestr. 10 | 10967 Berlin

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Körtestr. 10 | 10967 Berlin
Tel.: +49 (30) / 698 07 40
Fax: +49 (30) / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand

Dr. Inga Blum
Carlotta Conrad
Dr. Sabine Farrouh
Dr. Katja Goebbels
Susanne Grabenhorst
Dr. Barbara Hövener
Dr. Alex Rosen
Dr. Dörte Siedentopf
[International Councillor](#)
Dr. Helmut Lohrer
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
[Ehrenvorstandsmitglied](#)
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Elmar Altvater
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Dr. Alfred Körblein
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

Am vergangenen Wochenende hat die ärztliche Friedensorganisation IPPNW ein Internationales Symposium „Verbot von Atomwaffen: Eine europäische Sicht“ am US-Atomwaffenstandort in Büchel mit 70 TeilnehmerInnen veranstaltet. Internationale IPPNW-Gäste und AktivistInnen der Kampagne ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) aus Schweden, Norwegen, den Niederlanden und Mexiko trugen die Debatte über das Atomwaffenverbot an den Ort, an dem die Massenvernichtungswaffen stationiert sind. Die TeilnehmerInnen des Treffens haben die Forderung nach einer deutschen Beteiligung an den UN-Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot unterschrieben. Wir legen diesem Schreiben die UnterzeichnerInnenliste zusammen mit einer Anzeige mit knapp 750 weiteren UnterstützerInnen bei. Die Anzeige wird am 13. Juni 2017 in der Frankfurter Rundschau, der Frankfurter Neuen Presse und der Rhein-Main-Zeitung (Beilage der FAZ) erscheinen.

Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 15. Juni bis 7. Juli 2017 in New York statt. Um der außenpolitischen Verantwortung Deutschlands und dem Ziel einer friedlichen und gerechten Weltordnung nachzukommen, darf die Bundesregierung die Teilnahme an multilateralen Abrüstungsverhandlungen nicht verwehren. Nur am Verhandlungstisch kann sich Deutschland konstruktiv und nachhaltig für die Einbettung eines Atomwaffenverbotes in die bestehende Rüstungskontrollarchitektur und die Kompatibilität mit dem Atomwaffensperrvertrag einsetzen.

Durch die Teilnahme an den Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot könnte Deutschland ein Zeichen gegen die weltweiten nuklearen Aufrüstungstendenzen und das gefährliche geopolitische Konkurrenzgebaren der Großmächte setzen. Die Bundesregierung könnte damit ein deutliches Signal für die friedensstiftende Kraft des Multilateralismus und des Völkerrechts sowie für das Ziel einer auf Kooperation ruhenden Weltordnung aussenden und Gleichgesinnte damit stärken.

Wir bitten Sie, Frau Merkel, die ablehnende Haltung Deutschlands gegen ein Atomwaffen zu beenden und sich konstruktiv an den UN-Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot in New York zu beteiligen, die am kommenden Donnerstag beginnen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Inga Blum,